

TANGRAM23

Bulletin der EKR
Juni 2009

Bulletin de la CFR
Juin 2009

Bollettino della CFR
Giugno 2009



Mehrfachdiskriminierung
Discrimination multiple
Discriminazione multipla



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR
Commission fédérale contre le racisme CFR
Commissione federale contro il razzismo CFR

Mehrfachdiskriminierung: In der schweizerischen Lehre und Praxis noch kein Thema

Kurt Pärli

Im Rahmen der Nachführung der Bundesverfassung (BV) vom 18. April 1999 wurde Art. 8 Abs. 2 aufgenommen: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung».

Ein Diskriminierungsverbot wurde bereits vorher aus Art. 4aBV¹ und aus den ungeschriebenen Grundrechten abgeleitet.² Zur ausdrücklichen Verankerung eines Diskriminierungsverbotes in der BV wurden in der Praxis Befürchtungen laut, die Doktrin könnte die Dinge unnötig komplizieren.³ Die dem Diskriminierungsschutzrecht zugrunde liegenden Fragen menschlichen Zusammenlebens und menschlicher Existenz sind komplex, und entsprechend anspruchsvoll gestaltet sich die Suche nach adäquaten rechtlichen Antworten.

Die Suche nach Begriffen wie «Mehrfachdiskriminierung», «doppelte Diskriminierung» oder «multiple Diskriminierung» in der verfassungsrechtlichen Literatur und in den veröffentlichten Bundesgerichtsentscheiden zu Art. 8 Abs. 2 BV zeigt keine Ergebnisse. Auch in der Literatur zum Gleichstellungsgesetz sind die entsprechenden Stichworte nicht zu finden.⁴ Bleibt also der schweizerischen Lehre und Praxis der Diskurs über die Mehrfachdiskriminierung verborgen? Die Antwort fällt differenziert aus.

Spurensuche in der juristischen Lehre

Aus der Reihe von Kommentierungen zu Art. 8 Abs. 2 BV findet sich bei Bernhard Waldmann eine differenzierte Auseinandersetzung zur Frage der inneren Hierarchie der Diskriminierungsmerkmale und des Verhältnisses der Diskriminierungsmerkmale unter-

einander. Ausgehend vom Schwimmunterrichtsfall in BGE 119 Ia 178 geht er dabei auf die Diskriminierungssensibilität und -komplexität der Dispense vom Sportunterricht und möglicher Verbote religiöser Bekleidung an öffentlichen Schulen ein.⁵ Die Thematik ist im Lichte des neuen Bundesgerichtsentscheids vom 24.10.2008 hochaktuell. Das Bundesgericht erachtet anders als in BGE 119 Ia 178 den obligatorischen Schwimmunterricht als mit dem Gebot der Religionsfreiheit vereinbar.⁶ Für Waldmann sind die Diskriminierungsmerkmale verfassungsrechtlich gleichrangig; ein Spannungsverhältnis zwischen den Merkmalen soll durch gegenseitige Abwägung gelöst werden. Damit wendet er sich im Ergebnis gegen die u.a. von Christa Tobler vertretene Position, wonach das Geschlecht ein die anderen Diskriminierungsmerkmale überlagerndes Kriterium bildet.⁷

Ausführlich mit den einzelnen Diskriminierungsmerkmalen in Art. 8 Abs. 2 BV setzt sich Markus Schefer auseinander.⁸ Bei seinen Ausführungen zum Diskriminierungsmerkmal «soziale Stellung» anerkennt er, dass Diskriminierungen aufgrund der Rasse, des Geschlechts oder der Behinderung regelmässig auch die soziale Stellung der davon Betroffenen beeinflussen. Dieses Phänomen wäre jedoch im Rahmen des jeweiligen Diskriminierungsmerkmals zu beurteilen und würde nicht unter das Merkmal der «sozialen Stellung» fallen.⁹

Im St. Galler Kommentar zur Bundesverfassung fällt der Beitrag von Margrith Bigler-Eggenberger zu Art. 8 Abs. 4 BV auf. Die Autorin weist im Zusammenhang mit der Diskussion positiver Massnahmen zur Behebung von Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung auf die häufig doppelte Diskriminierung behinderter Frauen hin.¹⁰ Die Autorin bezieht sich auf Art. 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Menschen mit Behin-

Mehrfachdiskriminierung: die Situation in der Schweiz
Discrimination multiple: la situation en Suisse
Discriminazione multipla: la situazione in Svizzera

Mehrfachdiskriminierung | Discrimination multiple | Discriminazione multipla

derung, in dem festgehalten wird, dass die zu ergreifenden Massnahmen den «besonderen Bedürfnissen behinderter Frauen Rechnung zu tragen» hätten.

Mehrfachdiskriminierung: eine Realität

Die doppelte Diskriminierung lässt sich empirisch erhärten. So sind gemäss der Behinderterstatistik des Jahres 2002 52 Prozent der als behindert eingestuften Personen erwerbsfähig. Die Erwerbsquote der behinderten Frauen liegt dabei mit 44 Prozent weit tiefer als diejenige der Männer mit 61 Prozent.¹¹ Dieses Ergebnis steht nicht isoliert da, wie die Studie über rechtliche Aspekte von HIV/Aids und ihre ökonomischen Auswirkungen in Bezug auf die Armutsquote von Menschen mit HIV/Aids im Vergleich zur übrigen Bevölkerung zeigt.¹²

Die Erklärung für diese Unterschiede liegt möglicherweise auch in gleichstellungsrechtlichen Defiziten der Invalidenversicherung (IV).¹³ Gemäss Lauterburg und Baumann bekommen Frauen von der IV deutlich weniger Leistungen als Männer, nicht etwa deshalb, weil sie weniger von Invalidität betroffen wären, sondern weil zahlreiche Rechtsregeln die weiblichen Versicherten direkt oder indirekt benachteiligen.¹⁴ Im Lichte von Art. 8 Abs. 2 BV ist dies unzulässig. Der Staat darf bei der Ausgestaltung der rechtlichen Kompensation von Nachteilen aufgrund einer Behinderung niemanden diskriminieren, weder aufgrund des Geschlechts noch aufgrund anderer Diskriminierungsmerkmale, treten diese alleine oder in Kombination auf.¹⁵

Gerichte thematisieren Mehrfachdiskriminierung nicht ausdrücklich

Seit der Einführung der neuen Bundesverfassung hat das Bundesgericht rund 15 Entscheide zu Art. 8 Abs. 2 BV gefällt, die in die amtliche Sammlung aufgenommen wurden. Vielen Entscheiden lagen Sachverhalte zu-

grunde, bei denen zumindest implizit mehr als ein Diskriminierungsmerkmal in Frage stand. Im ersten wichtigen Entscheid zu den Diskriminierungsverboten ging es um die Nichtverlängerung einer Aufenthaltsbewilligung eines invalid gewordenen Ausländers (BGE 126 II 377). Das Bundesgericht verneinte sowohl eine direkte als auch eine indirekte Diskriminierung aufgrund einer Behinderung. Eine mögliche Mehrfachdiskriminierung wurde ebenso wenig diskutiert wie in der Entscheidung in BGE 127 V 121. Hier stand die Zulässigkeit einer unterschiedlich hohen Kostenübernahme bei behinderungsbedingten Umbauten bei Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit zur Diskussion.

Im bekannten Berner Wegweisungsentscheid (BGE 132 I 49) verneinte das Bundesgericht eine Diskriminierung. Die Personen, die von den Wegweisungsentscheiden betroffen würden, seien keine Gruppe, der ein Schutz aufgrund des Diskriminierungsmerkmals «Lebensform» zustehen würde. Auch mangels entsprechender Rügen nicht erörtert wurde, inwieweit die Diskriminierungsmerkmale «soziale Stellung», allenfalls auch «Weltanschauung» sowie «Lebensform» in ihrem Zusammenwirken Diskriminierung bzw. Diskriminierungsschutz bewirken (sollen).

In mehreren Entscheiden musste sich das Bundesgericht zu Diskriminierungsvorwürfen wegen Nichteinbürgerung als Folge des Kopftuchtragens befassen. Es hielt dabei fest, dass das blosses Tragen des Kopftuches keinen Grund für die Ablehnung einer Einbürgerung darstelle (BGE 134 I 49 und 134 I 56). Mangelnde Deutschkenntnisse und fehlender Wille zur Integration erlauben den Gemeinden indes, Einbürgerungsgesuche von Frauen auch dann abzulehnen, wenn dem Einbürgerungsgesuch des Ehemannes stattgegeben wird (BGE 134 I 56). Es liege weder eine direkte oder indirekte

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts noch eine Diskriminierung wegen der Religion vor, wenn eine einbürgerungswillige Person nicht den Kontakt mit der Bevölkerung des Gemeinwesens aufnehmen wolle und damit den fehlenden Integrationswillen bezeuge (BGE 132 I 167).

Abgelehnt wurde auch das Einbürgerungsgesuch eines türkischen Staatsangehörigen und IV-Rentners. Vergeblich machte der Mann im Beschwerdeverfahren geltend, der negative Entscheid beruhe auf dem Umstand, dass er in der Einladung zur Gemeindeversammlung als IV-Rentner bezeichnet und im Verlauf der Versammlung der Anschein der «Scheininvalidität» erweckt worden sei.

Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass kein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot vorliege, da die Bezeichnung als «IV-Rentner» für sich genommen keine Diskriminierung darstelle.¹⁶ Auch in einer aktuellen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Freiburg bildete die Invalidität des Vaters einer einbürgerungswilligen albanischen Familie einen Ablehnungsgrund. Das Gericht hielt fest, die Invalidität dürfe ebenso wenig einen Ablehnungsgrund darstellen wie die Tatsache, dass die Einbürgerungswilligen aus dem Balkan stammten.¹⁷

Wegweisend dürfte der Entscheid des Bundesgerichts vom 16. Dezember 2008 sein.¹⁸ Im Dezember 2005 verweigerte der Gemeinderat einer Zürcher Gemeinde einer jungen Frau mit geistiger Behinderung wegen ihrer Fürsorgeabhängigkeit die Einbürgerung. Begründet wurde dies unter anderem mit der fehlenden «wirtschaftlichen Selbsterhaltung». Das Bundesgericht kam zum Schluss, die finanziellen Interessen der Gemeinden hätten gegenüber

den Interessen der Beschwerdeführerin zurückzutreten. Aufschlussreich sind im Lichte der Mehrfachdiskriminierungsthematik die Ausführungen des Bundesgerichts zu den vorliegenden einzelnen Diskriminierungsmerkmalen. Das Bundesgericht lässt die Frage offen, ob «Fürsorgeabhängigkeit» als eine spezifische von Art. 8 Abs. 2 BV mit dem Merkmal der «sozialen Stellung» erfasste Gruppe bilde. Es könne nicht gesagt werden, die Sozialhilfeabhängigkeit stelle zwingend einen

wesentlichen Bestandteil der Identität und ein eigentliches Merkmal der Persönlichkeit der betroffenen Personen dar, und aus der bisherigen bundesgerichtlichen Rechtsprechung liessen sich keine Anzeichen entnehmen, dass der Kreis

der Fürsorgeabhängigen eine vom Diskriminierungsverbot geschützte Gruppe verkörpere. Viel entscheidender sei, dass der Nicht-einbürgerungsentscheid an eine Behinderung anknüpfe.¹⁹ Ohne dies ausdrücklich darzulegen, hat das Bundesgericht vorliegend erkannt, dass das Zusammenfallen einer Behinderung und einer Fürsorgeabhängigkeit zum negativen Einbürgerungsentscheid führte. Der Entscheid des Bundesgerichtes zeigt indes noch keine ausdrückliche Bereitschaft, die Thematik «Mehrfachdiskriminierung» in die Erwägungen einzubeziehen.

Der rechtliche Schutz bei den verschiedenen Diskriminierungsmerkmalen ist nicht gleich stark.

Stand der (Nicht-)Diskussion und Ausblick

Das Bundesgericht (und andere Gerichte) hätte(n) also wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit der Komplexität von Mehrfachdiskriminierungen auseinanderzusetzen. Bislang wurde die Gelegenheit verpasst, vielleicht auch, weil aus der Doktrin bis heute keine inspirierenden Denkanstöße zu vernehmen waren. Mögliche Fallkonstellationen bei

Mehrfachdiskriminierungen gibt es viele: Eine Person kann aus mehreren Gründen diskriminiert werden. Oder eine Diskriminierung wird in einer bestimmten Situation nur deshalb manifest, weil auf die fragliche Person zwei oder mehr Diskriminierungsmerkmale zutreffen. Zu beachten ist hier, dass der rechtliche Schutz bei den verschiedenen Diskriminierungsmerkmalen nicht gleich stark ist. Dies zeigt sich im europäischen Gemeinschaftsrecht: Nicht alle in der Grundrechtscharta aufgeführten Diskriminierungsmerkmale finden sich in der Diskriminierungsschutzkompetenznorm in Art. 13 des Gemeinschaftsvertrages wieder.²⁰ Ein gleiches Bild präsentiert sich in der Schweiz. Der ungleiche Diskriminierungsschutz ist bereits in der Verfassung angelegt. Für die Diskriminierungsmerkmale Geschlecht (Art. 8 Abs. 3 BV) und Behinderung (Art. 8 Abs. 4 BV) finden sich spezifische Gesetzgebungsaufträge. Der gesetzliche Diskriminierungsschutz aufgrund der Merkmale Geschlecht und Behinderung wiederum ist sachlich auf bestimmte Lebensbereiche beschränkt, während die verfassungsrechtlichen Diskriminierungsverbote die staatlichen Behörden aller Stufen verpflichten, Private jedoch zumindest unmittelbar nicht. Das Gleichstellungsgesetz (GIG, Merkmal Geschlecht) verbietet Diskriminierungen im Arbeitsverhältnis und richtet sich sowohl an staatliche als auch an private Arbeitgeber. Das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung wiederum gilt für private Arbeitsverhältnisse ausdrücklich nicht.²¹

Dieser unterschiedliche Schutzstandard ist durchaus praxisrelevant, wie das folgende Beispiel zeigt: In einer Stellenausschreibung

werden jüngere Vollzeit-Verkaufsmitarbeitende (Männer oder Frauen, Idealalter 25-35 Jahre) gesucht. Damit werden Frauen und Männer über 35 geschlechtsunspezifisch direkt aufgrund des Alters benachteiligt. Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters hilft hier nicht viel weiter, und an einem wirksamen Diskriminierungsschutz aufgrund des Alters fehlt es im schweizerischen Arbeitsrecht weitgehend. Möglicherweise liegt indes eine mittelbare (indirekte) Diskriminierung aufgrund des Geschlechts vor. In der sozialen Realität sind viele Frauen in der Phase zwischen 25 und 35 Jahren mit familiären Aufgaben eingedeckt, und aufgrund der in vielen Familien noch immer gängigen Rollenverteilung kommt eine Vollzeittätigkeit in dieser Phase nicht in Frage. Insofern werden in der vorliegenden Konstellation Frauen über 35 Jahre zwar gleich wie die Männer auch aufgrund des Alters, jedoch aus den erwähnten Gründen zusätzlich mittelbar aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert.

Das Beispiel zeigt einerseits die Problematik eines je nach Diskriminierungsmerkmal unterschiedlichen Diskriminierungsschutzniveaus. Andererseits zeigt der Fall den praktischen Nutzen des Konzepts der Mehrfachdiskriminierung: Der Blick für die Mehrdimensionalität einer Person wird geschärft. Wir haben nicht einfach «nur» ein bestimmtes Lebensalter, sondern auch (zumindest) ein Geschlecht, eine bestimmte Herkunft oder auch mehrere Herkünfte, eine Hautfarbe, religiöse oder politische Überzeugungen, die nicht ein Leben lang dieselben zu sein brauchen. Wir leben in einem bestimmten zeitlichen, politischen und sozialen Kontext. Mit einem (zu) formalen

Der praktische Nutzen des Konzepts der Mehrfachdiskriminierung: Der Blick für die Mehrdimensionalität einer Person wird geschärft.

und eindimensionalen Diskriminierungsverständnis werden viele Benachteiligungen weder erkannt noch wirksam beseitigt werden können.

Kurt Pärli, Prof. (FH) Dr. iur., ist Dozent für Arbeitsrecht und Europarecht und Forschungsleiter an der School of Management and Law, Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, Winterthur. Einer seiner Forschungsschwerpunkte bildet das Diskriminierungsrecht (www.non-discrimination.ch). kurt.paerli@zhaw.ch

- ¹ Rainer Schweizer, «N 43 zu Art. 8 Abs. 2 BV», in: Ehrenzeller, Mastronardi, Schweizer, Vallender (Hrsg.), *Die schweizerische Bundesverfassung, Kommentar*, 2. Auflage, St. Gallen 2008.
- ² Yvo Hangartner, «Diskriminierung, ein neuer verfassungsrechtlicher Begriff», *Zeitschrift für Schweizerisches Recht*, 1. Heft, I. Halbband 2003, S. 97 ff.
- ³ Artur Häfliger, «Besprechung René Rhinow, Die Bundesverfassung 2000», *Schweizerische Juristenzeitung SJZ*, 2001, S. 560.
- ⁴ Nach meinen Erkundigungen bei den Herausgebenden auch nicht in der 2009 erscheinenden 2. Auflage des Kommentars zum Gleichstellungsgesetz.
- ⁵ Bernhard Waldmann, *Das Diskriminierungsverbot von Art. 8 Abs. 2 BV als besonderer Gleichheitssatz*, Bern 2003, S. 573 f.
- ⁶ Bger vom 24.10.2008, 2C_149/2008, Erw. 57, 7.3.
- ⁷ Christa Tobler, «Von der Geschlechter- zur Rassendiskriminierung: Lehren aus Art. 4 Abs. 2 BV», in: Kaelin Walter (Hrsg.), *Das Verbot ethnisch-kultureller Diskriminierung. Verfassungs- und menschenrechtliche Aspekte*, Bibliothek zur Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Beiheft 29, Basel/Genf/München: Helbing & Lichtenhahn 1999, S. 108 (S. 95-113).
- ⁸ Jörg Paul Müller, Markus Schefer, *Grundrechte in der Schweiz. Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte*, 4. Auflage, Bern 2008, S. 679 ff.
- ⁹ Vgl. ebd., S. 715.
- ¹⁰ Margrith Bigler-Eggenberger, «Art. 8 Abs. 4 BV», in: Ehrenzeller/Mastronardi/Schweizer/Vallender (Hrsg.), *Die schweizerische Bundesverfassung, Kommentar*, 2. Auflage, St. Gallen 2008, N 108.
- ¹¹ Rolf Wiedmer, Sibylle Mühleisen, *Behindertenstatistik: Berichterstattung zur sozialen und ökonomischen Lage der behinderten Menschen in der Schweiz*. Schlussbericht eines Projektes im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und dem Bundesamt für Statistik (BFS), Bern 2002, S. 158.
- ¹² Pärli, Müller, Spycher, *Aids, Recht und Geld*. Eine Untersuchung der rechtlichen und wirtschaftlichen Probleme von Menschen mit HIV/Aids, Zürich 2003, S. 275.
- ¹³ Katarina Baumann, Margareta Lauterburg, *Knappes Geld ungleich verteilt. Gleichstellungsdefizite in der Invalidenversicherung*, Basel, Genf, München 2001.
- ¹⁴ Ebd., S. V.

- ¹⁵ Siehe dazu BGE 126 V 70, Regelung in der Hilfsmittelverordnung wurde als eine Diskriminierung aufgrund des Alters erachtet.
- ¹⁶ Bger vom 1. Juli 2007, 1.P760/2006.
- ¹⁷ Urteil vom 6. März 2008 des I. Verwaltungsgerichtshofs Freiburg, 1A 2007-93.
- ¹⁸ Bger, Urteil vom 16. Dezember 2008, 1D_19/2007.
- ¹⁹ Bger, Urteil vom 16. Dezember 2008, 1D_19/2007, Erw. 5.
- ²⁰ Kerstin Odenthal, «§ 45, Diskriminierungsverbote», in: Heselhaus, Sebastian/Nowak, Carsten (Hrsg.), *Handbuch der Europäischen Grundrechte*, München/Wien/Bern, 2006, N 72.
- ²¹ Art. 3 lit. g e BehiG e contrario.

Discrimination multiple: un thème qui n'a encore pas été abordé dans la théorie et la pratique juridique en Suisse

L'interdiction de discrimination a été inscrite dans la Constitution fédérale du 12 avril 1999 sous la forme de l'art. 8, al. 2. Or, si l'on cherche dans la littérature relative au droit constitutionnel, dans les 15 décisions du Tribunal fédéral concernant l'art. 8, al. 2 qui ont été publiées ou dans la littérature spécialisée concernant la loi sur l'égalité des notions telles que «discrimination multiple», «double» ou «plurielle», on n'obtient aucun résultat.

La recherche de traces dans la doctrine juridique permet, certes, de trouver quelques dissertations sur l'art. 8, al. 2 Cst. en rapport avec le domaine de la discrimination multiple, mais Kurt Pärli constate que les tribunaux n'ont pas traité cette question, alors qu'ils en auraient eu l'occasion à de multiples reprises. Il voit de nombreuses constellations possibles de discrimination multiple. Une personne peut par exemple être discriminée pour plusieurs raisons ou bien une discrimination devient manifeste dans une situation particulière parce que deux ou plusieurs caractéristiques fondant la discrimination s'appliquent à cette personne.

Selon Kurt Pärli, l'utilité pratique de la notion de discrimination multiple réside dans le fait qu'elle focalise le regard sur la multidimensionnalité d'une personne. Si l'on se borne à une compréhension (trop) formelle et unidimensionnelle de la discrimination, conclue-t-il, on ne pourra ni reconnaître, ni éliminer efficacement les injustices.

Kurt Pärli, Dr. iur., est professeur de droit du travail et de droit européen à la School of Management and Law de la Hes de sciences appliquées de Winterthour. Ses recherches portent en particulier sur la législation relative à la discrimination (www.non-discrimination.ch). kurt.paerli@zhaw.ch

Discriminazione multipla: un tema non ancora presente nella dottrina e nella prassi giuridica in Svizzera

Il divieto di discriminazione è stato integrato nella Costituzione federale del 18 aprile 1999 (art. 8 cpv. 2). I concetti di «discriminazione multipla» e «discriminazione doppia», invece, non compaiono né nei testi di diritto costituzionale né nelle 15 sentenze del Tribunale federale vertenti sull'articolo 8 capoverso 2 Cost., e nemmeno nella letteratura sulla legislazione in materia di pari opportunità.

Volendone cercare traccia nella dottrina giuridica si scoprono tuttavia alcune trattazioni dell'articolo 8 capoverso 2 Cost. che si avvicinano all'ambito tematico della discriminazione multipla. Kurt Pärli rileva però che in particolare i tribunali non si sono occupati della questione nonostante le numerose occasioni per farlo. Secondo il professore sono molteplici i casi di discriminazione multipla: ad esempio, una persona può essere svantaggiata per ragioni diverse, oppure, in una determinata situazione, una discriminazione si palesa perché la vittima è interessata da due o più motivi discriminatori.

Il concetto di «discriminazione multipla» è utile sul piano pratico perché permette di considerare meglio la pluralità delle dimensioni dell'individuo. Kurt Pärli ritiene che un'accezione (eccessivamente) formale e monodimensionale della discriminazione non permetta di identificare numerosi svantaggi e di eliminarli in modo efficace.

Kurt Pärli, dott. iur., insegna diritto del lavoro e diritto europeo alla School of Management and Law della Scuola universitaria zurighese di scienze applicate di Winterthur. Il diritto in materia di discriminazioni è uno dei temi chiave delle sue ricerche (www.non-discrimination.ch). kurt.paerli@zhaw.ch

Die Meinung, die in den Beiträgen vertreten wird, muss nicht jener der EKR entsprechen.
L'opinion émise dans les textes ne reflète pas forcément celle de la CFR.
L'opinione espressa negli articoli non riflette necessariamente quella della CFR.

Impressum

TANGRAM – Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus
TANGRAM – Bulletin de la Commission fédérale contre le racisme
TANGRAM – Bollettino della Commissione federale contro il razzismo

Nummer / Numéro / Numero 23
Juni / Juin / Giugno 2009

Herausgeber / Editeur / Editore
Eidgenössische Kommission gegen Rassismus / Commission fédérale contre le racisme / Commissione federale contro il razzismo

Redaktion / Rédaction / Redazione
Sekretariat der EKR / Secrétariat de la CFR / Segreteria della CFR
GS-EDI / SG-DFI / SG-DFI
Inselgasse 1
CH - 3003 Bern / Berne / Berna
Tel. 031 322 79 64
Fax 031 322 44 37
ekr-cfr@gs-edi.admin.ch
www.ekr.admin.ch

Verantwortlich / Responsable / Responsabile
Emmanuelle Houlmann, emmanuelle.houlmann@gs-edi.admin.ch

Redaktion dieser Nummer / Rédaction de ce numéro / Redazione per questo numero
Emmanuelle Houlmann, Robert van de Pol, Doris Angst

Übersetzungen / Traductions / Traduzioni
Service linguistique de français SG-DFI; Servizio linguistico italiano SG-DFI;
Sekretariat EKR

Korrektur / Révision des textes / Revisione testi
Textkorrektur TERMINUS, Luzern, info@terminus-textkorrektur.ch
Marie-Pierre Fauchère, Zürich, fauchere@societe.ch
Servizio linguistico italiano SG-DFI, andreas.weder@gs-edi.admin.ch

Grafische Gestaltung / Conception graphique / Concezione grafica
Monica Kummer Color Communications, Zug, monicakummer@monicakummer.ch

Illustrationen / Illustrations / Illustrazioni
Pablo Fernandez, www.pablofernandez.net

Druck / Impression / Stampa
Brunner AG, Druck und Medien, Kriens, www.bag.ch

Auflage / Tirage / Tiratura
7 000. Erscheint zweimal jährlich / Paraît deux fois par année / Pubblicazione semestrale

Vertrieb / Distribution / Distribuzione
BBL / OFCL / UFCL
Verkauf Bundespublikationen / Diffusion publications / Distribuzione pubblicazioni
CH - 3003 Bern / Berne / Berna
verkauf.zivil@bbl.admin.ch, www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. / Art. N° / Art. n.: 301.300.23/09.dfi

Preis / Prix / Prezzo
Gratis / Gratuit / Gratuito

Internet-Bestellungen von TANGRAM und anderen Publikationen der EKR:
Pour commander le TANGRAM et d'autres publications de la CFR par internet:
Per ordinare TANGRAM e altre pubblicazioni della CFR on-line:
www.ekr.admin.ch

© EKR/CFR
Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht; Belegexemplar an die EKR.
Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à la CFR.
Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia alla CFR.